

No. 27685

**AUSTRIA
and
CHINA**

**Agreement relating to civil air transport (with annex). Signed
at Beijing on 12 September 1985**

*Authentic texts: German, Chinese and English.
Registered by Austria on 30 November 1990.*

**AUTRICHE
et
CHINE**

**Accord relatif aux transports civils aériens (avec annexe).
Signé à Beijing le 12 septembre 1985**

*Textes authentiques : allemand, chinois et anglais.
Enregistré par l'Autriche le 30 novembre 1990.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER VOLKSREPUBLIK CHINA ÜBER DEN ZIVILEN LUFTVERKEHR

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Volksrepublik China, in diesem Abkommen in der Folge „die Vertragschließenden Parteien“ genannt;

vom Wunsch geleitet, freundschaftliche Kontakte zwischen ihren beiden Völkern zu erleichtern und die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt voranzutreiben;

haben die Errichtung und den Betrieb eines planmäßigen Flugverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten wie folgt vereinbart:

Artikel 1

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für den Zweck dieses Abkommens, wenn nicht der Zusammenhang etwas anderes erfordert, gilt:

- a) der Ausdruck „Luftfahrtbehörden“ bedeutet im Falle der Österreichischen Bundesregierung das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr oder jede andere Behörde, die zur Wahrnehmung der derzeit von den genannten Behörden ausgeübten Funktionen gesetzlich ermächtigt ist; und im Falle der Volksrepublik China die Chinesische Zivilluftfahrtbehörde (Civil Aviation Administration of China) oder jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der gegenwärtig von den genannten Behörden ausgeübten Funktionen befugt ist;
- b) der Ausdruck „Fluglinienunternehmen“ bedeutet jede Luftverkehrsunternehmung, die internationale Luftverkehrsdienste anbietet oder betreibt;
- c) der Ausdruck „namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen“ bedeutet ein gemäß Artikel 3 dieses Abkommens namhaft gemachtes und zugelassenes Fluglinienunternehmen;
- d) der Ausdruck „Fluglinie“ bedeutet jede im Linienverkehr betriebene Luftverkehrsverbindung zum Zwecke der öffentlichen Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Fracht oder Post;
- e) der Ausdruck „internationale Fluglinie“ bedeutet eine Fluglinie, die den Luftraum über dem Hoheitsgebiet mehr als eines Staates durchquert;

f) der Ausdruck „nicht-gewerbliche Landung“ bedeutet eine Landung zu jedem anderen Zweck als zum Aufnehmen oder Absetzen von Fluggästen, Gepäck, Fracht oder Post;

g) der Ausdruck „Beförderungsangebot“ bedeutet:

i) in bezug auf ein Luftfahrzeug seine auf einer Flugstrecke oder einem Flugstreckenabschnitt zur Verfügung stehende Nutzlast,

ii) in bezug auf eine bestimmte Fluglinie das Beförderungsangebot der auf dieser Fluglinie eingesetzten Luftfahrzeuge, multipliziert mit der von diesen innerhalb eines gegebenen Zeitraumes auf einer Flugstrecke oder einem Flugstreckenabschnitt erreichten Frequenz;

h) der Ausdruck „Tarif“ bedeutet die für die Beförderung von Fluggästen, Gepäck und Fracht zu bezahlenden Preise sowie die Bedingungen, unter denen diese Preise gelten, einschließlich der Preise und Bedingungen für Agenturleistungen und sonstige Hilfsdienste, doch mit Ausnahme der Vergütung bzw. der Bedingungen für die Beförderung von Post;

i) der Ausdruck „Flugplan“ bedeutet den im Anhang zu diesem Abkommen enthaltenen oder gemäß den Bestimmungen von Artikel 16 dieses Abkommens abgeänderten Flugstreckenplan. Der Flugplan bildet einen Teil dieses Abkommens und alle Bezugnahmen auf das Abkommen umfassen auch Bezugnahmen auf den Flugplan, sofern nichts anderes ausdrücklich vorgesehen ist.

Artikel 2

GEWÄHRUNG VON RECHTEN

(1) Jede Vertragschließende Partei gewährt der anderen Vertragschließenden Partei die in diesem Abkommen angeführten Rechte, damit deren namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen einen internationalen Fluglinienverkehr auf der (den) im Flugplan festgelegten Flugstrecke(n) errichten und betreiben kann [in der Folge „die vereinbarten Fluglinien“ beziehungsweise „die festgelegte(n) Flugstrecke(n)“ genannt].

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens genießt das von jeder Vertragschließenden Partei namhaft gemachte Fluglinienunternehmen beim Betrieb einer vereinbarten Fluglinie auf einer festgelegten Flugstrecke die folgenden Rechte:

- a) ohne Landung das Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei entlang den festgelegten internationalen Flugstrecken oder den von den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragschließenden Partei vorgeschriebenen Flugstrecken zu überfliegen,
- b) im genannten Hoheitsgebiet an Punkten, die zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Parteien zu vereinbaren sind, Landungen zu nicht-gewerblichen Zwecken durchzuführen und
- c) auf dem (den) Punkt(en) der festgelegten Flugstrecke im Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei Landungen durchzuführen, um im internationalen Flugverkehr Fluggäste, Gepäck, Frachtgut und Post aufzunehmen oder abzusetzen.

(3) Falls das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen einer Vertragspartei auf der festgelegten Flugstrecke einen zusätzlichen Flug durchzuführen wünscht, hat es bei den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragschließenden Partei einen Antrag einzubringen, und der Flug kann erst dann durchgeführt werden, wenn eine Genehmigung erteilt wurde. Der genannte Antrag darf nicht später als zweiundsiebzig Stunden vor dem Start zu einem solchen Flug eingebracht werden.

Artikel 3

NAMHAFTMACHUNG UND BEWILLIGUNG

(1) Jede Vertragschließende Partei hat das Recht, der anderen Vertragschließenden Partei schriftlich ein Fluglinienunternehmen für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf der im Flugplan festgelegten Flugstrecke namhaft zu machen.

(2) Das Haupteigentum und die effektive Kontrolle des von jeder Vertragschließenden Partei namhaft gemachten Fluglinienunternehmens müssen dauernd bei der betreffenden Vertragschließenden Partei oder Staatsangehörigen derselben liegen.

(3) Die Luftfahrtbehörden der anderen Vertragschließenden Partei können von dem seitens der einen Vertragschließenden Partei namhaft gemachten Fluglinienunternehmen den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, die Erfordernisse der Gesetze und Vorschriften zu erfüllen, die von den genannten Behörden üblicher- und billigerweise für den Betrieb internationaler Fluglinien verlangt werden.

(4) Nach Erhalt dieser Namhaftmachung hat die andere Vertragschließende Partei nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels dem auf diese Weise namhaft gemachten Fluglinienunternehmen die entsprechende Betriebsbewilligung unverzüglich zu erteilen.

(5) Ist ein Fluglinienunternehmen auf diese Weise namhaft gemacht und ihm die Bewilligung erteilt worden, so kann es jederzeit den Betrieb der vereinbarten Fluglinien aufnehmen.

Artikel 4

WIDERRUF DER BETRIEBSBEWILLIGUNG

(1) Jede Vertragschließende Partei hat das Recht, in sämtlichen im folgenden angeführten Fällen, die dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragschließenden Partei bereits erteilte Betriebsbewilligung zu widerrufen oder auszusetzen oder für die Ausübung der in Artikel 2 dieses Abkommens festgelegten Rechte durch das genannte namhaft gemachte Fluglinienunternehmen die von ihr erforderlich erachteten Auflagen zu erteilen:

- a) falls sie nicht überzeugt ist, daß das Haupteigentum und die effektive Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei der Vertragschließenden Partei, die das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder deren Staatsangehörigen liegen; oder
- b) falls das betreffende Fluglinienunternehmen die Gesetze und Vorschriften der Vertragschließenden Partei, die diese Rechte gewährt, nicht einhält; oder
- c) falls das betreffende Fluglinienunternehmen es in anderer Weise verabsäumt, seinen Betrieb gemäß den in diesem Abkommen vorgeschriebenen Erfordernissen durchzuführen.

(2) Falls ein Widerruf, eine Aussetzung oder die Erteilung von Auflagen nach Absatz 1 dieses Artikels nicht sofort erfolgen muß, um weitere Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften zu verhindern, darf dieses Recht nur nach Beratungen mit der anderen Vertragschließenden Partei ausgeübt werden.

Artikel 5

BEISTELLUNG TECHNISCHER DIENSTE UND HÖHE DER GEBÜHREN

(1) Jede Vertragschließende Partei hat auf ihrem Hoheitsgebiet ordentliche und Ausweichflughäfen zu bezeichnen, die von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragschließenden Partei für den Betrieb auf der festgelegten Flugstrecke zu benutzen sind, und hat diesem Fluglinienunternehmen die für den Betrieb der verein-

barten Fluglinien erforderlichen Nachrichten-, Navigations-, Wetter- und sonstigen Hilfsdienste auf ihrem Hoheitsgebiet zur Verfügung zu stellen. Die genauen diesbezüglichen Vorkehrungen sind zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsschließenden Parteien zu vereinbaren.

(2) Dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der jeweiligen Vertragsschließenden Partei sind für die Benützung von Flughäfen, Einrichtungen und technischen Diensten der anderen Vertragsschließenden Partei die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragsschließenden Partei zu angemessenen und vernünftigen Sätzen vorgeschriebenen Gebühren zu verrechnen. Die betreffenden Sätze dürfen nicht höher sein als jene, die von Fluglinienunternehmen anderer Staaten auf internationalen Fluglinien für die Benützung ähnlicher Einrichtungen und Dienste entrichtet werden.

Artikel 6

ZÖLLE UND ABGABEN

(1) Die von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen einer Vertragsschließenden Partei auf internationalen Fluglinien eingesetzten Luftfahrzeuge sowie deren übliche Ausrüstung, Ersatzteile, Treibstoffvorräte, Öle (einschließlich hydraulischer Flüssigkeiten), Schmierstoffe und Bordvorräte (einschließlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak), die sich an Bord solcher Luftfahrzeuge befinden, sind bei der Ankunft auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragsschließenden Partei von allen Zöllen, Untersuchungsgebühren und sonstigen Abgaben oder Steuern befreit, vorausgesetzt, daß diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte bis zu ihrer Wiederausfuhr an Bord des Luftfahrzeuges verbleiben.

(2) Treibstoffvorräte, Öle (einschließlich hydraulischer Flüssigkeiten), Schmierstoffe, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet einer Vertragsschließenden Partei von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragsschließenden Partei oder in seinem Auftrag eingeführt oder an Bord der von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen betriebenen Luftfahrzeuge genommen werden und nur zur Verwendung im Betrieb auf internationalen Fluglinien bestimmt sind, sind von allen auf dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragsschließenden Partei eingehobenen Abgaben und Steuern einschließlich Zöllen und Untersuchungsgebühren befreit, und zwar selbst dann, wenn diese Vorräte während jener Abschnitte des Fluges verwendet werden sollen, die über das Hoheitsgebiet der Vertragsschließenden Partei, in der sie an Bord genommen wurden, führen. Es kann verlangt wer-

den, daß die oben genannten Gegenstände unter Zollaufsicht oder Zollkontrolle bleiben.

(3) Die übliche Bordausrüstung, Ersatzteile, Vorräte und Treibstoffvorräte, Öle (einschließlich hydraulischer Flüssigkeiten) und Schmierstoffe, die sich an Bord des Luftfahrzeuges einer Vertragsschließenden Partei befinden, dürfen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragsschließenden Partei nur mit Genehmigung von deren Zollbehörden entladen werden, wobei diese verlangen können, daß diese Gegenstände bis zu ihrer Wiederausfuhr oder bis zu einer anderweitigen im Einklang mit den Zollvorschriften darüber getroffenen Verfügung unter ihre Aufsicht und Kontrolle gestellt werden.

(4) Ebenfalls von allen Zöllen bzw. Steuern befreit sind folgende in das Hoheitsgebiet einer Vertragsschließenden Partei von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragsschließenden Partei für die Errichtung eines Büros im Zusammenhang mit dem Betrieb ihrer vereinbarten Fluglinien eingeführten Gegenstände und Güter:

- a) Büroausstattung, zB erforderliche Möbel, Schreibmaschinen usw.; Fernmeldeeinrichtungen, wie Fernschreibgeräte und Sprechfunkgeräte, oder sonstige drahtlose Ausrüstungen zur Verwendung innerhalb des Flughafens; Computerausrüstungen für das Fluglinienunternehmen, die ausschließlich für Reservierung und Betriebszwecke bestimmt sind, wie Computerterminals oder Fernschreiber;
- b) verschiedene offizielle Schriftstücke, wie Flugscheine, Bordkarten, Gepäckanhänger, Luftfrachtbriefe, Flugpläne usw.;
- c) busartige Fahrzeuge für die Beförderung der Fahrgäste und des Gepäcks zwischen dem Stadtbüro und dem Flughafen.

Artikel 7

VERTRETUNGS- UND VERKAUFSBÜRO(S) UND PERSONAL

(1) Für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf der festgelegten Flugstrecke hat das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen der jeweiligen Vertragsschließenden Partei das Recht, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ein Vertretungsbüro oder Verkaufsbüro(s) an dem innerhalb des Hoheitsgebietes der anderen Vertragsschließenden Partei liegenden Punkt der festgelegten Flugstrecke einzurichten. Das Personal des (der) in diesem Absatz genannten Büros unterliegt den in dem Staat, wo diese(s) Büro(s) sich befindet (befinden), geltenden Gesetzen und Vorschriften.

(2) Die Mitglieder des Personals des Vertretungsbüros oder des (der) Verkaufsbüros des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens einer der Vertragschließenden Parteien auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei müssen, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wird, Staatsangehörige einer der beiden Vertragschließenden Parteien sein. Die Anzahl solchen Personals ist auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragschließenden Parteien festzulegen.

(3) Jede Vertragschließende Partei gewährleistet im größtmöglichen Ausmaß die Sicherheit des (der) erwähnten Büros des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der anderen Vertragschließenden Partei sowie dessen bzw. deren Personals und schützt die Luftfahrzeuge, die Vorräte und die sonstigen auf ihrem Hoheitsgebiet befindlichen, für den Betrieb auf den vereinbarten Fluglinien verwendeten Sachen des genannten Fluglinienunternehmens.

(4) Jede Vertragschließende Partei hat dem erwähnten Büro (bzw. den Büros) des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der anderen Vertragschließenden Partei sowie dessen bzw. deren Personal die für den effizienten Betrieb der vereinbarten Fluglinien erforderlichen Hilfen und Erleichterungen zu bieten.

(5) Die Besatzungsmitglieder des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens jeder der Vertragschließenden Parteien auf Flügen in das und aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei müssen Staatsangehörige der Vertragschließenden Partei sein, die das betreffende Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat. Wenn ein namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen einer der Vertragschließenden Parteien wünscht, Besatzungsmitglieder anderer Staatsangehörigkeit für Flüge in das und aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei einzusetzen, hat es zuvor von der betreffenden anderen Vertragschließenden Partei die Genehmigung dazu einzuholen.

Artikel 8

ÜBERWEISUNG VON EINNAHMEN DES FLUGLINIENUNTERNEHMENS

Jede Vertragschließende Partei verpflichtet sich, dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der anderen Vertragschließenden Partei die freie Überweisung des im Zusammenhang mit der Beförderung des im Zusammenhang mit der Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post von dem betreffenden Fluglinienunternehmen auf ihrem Hoheitsgebiet erzielten Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben zum offiziellen Wechselkurs zu gestatten. Besteht zwischen den

Vertragschließenden Parteien ein besonderes Abkommen über das Zahlungssystem, so findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 9

EINREISE- UND ABFERTIGUNGSVORSCHRIFTEN

(1) Die Gesetze und Vorschriften der jeweiligen Vertragschließenden Partei betreffend den Einflug nach, Aufenthalt in, Ausflug aus und Flug über ihr Hoheitsgebiet von im Betrieb auf internationalen Fluglinien eingesetzten Luftfahrzeugen sowie die Gesetze und Vorschriften betreffend den Einflug nach, Aufenthalt in und Ausflug aus ihrem Hoheitsgebiet von Fluggästen, Besatzung, Gepäck, Fracht und Post gelten für das jeweilige Luftfahrzeug des von der anderen Vertragschließenden Partei namhaft gemachten Fluglinienunternehmens, dessen Besatzung sowie die Fluggäste, das Gepäck, die Fracht und die Post, die mit einem solchen Luftfahrzeug befördert werden, während es sich auf dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragschließenden Partei befindet. Jede Vertragschließende Partei stellt der anderen Vertragschließenden Partei auf deren Ersuchen die Texte der oberwähnten Gesetze und Vorschriften unverzüglich zur Verfügung.

(2) Fluggäste im direkten Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet einer Vertragschließenden Partei unterliegen nur einer sehr vereinfachten Kontrolle. Gepäck und Fracht im direkten Transitverkehr sind von Zöllen, Untersuchungsgebühren und sonstigen Abgaben und Steuern befreit.

Artikel 10

BEFÖRDERUNGSKAPAZITÄTSMANAGEMENT

(1) Den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der Vertragschließenden Parteien ist in angemessener, gleicher Weise Gelegenheit zum Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken zu geben.

(2) Fragen betreffend die Frequenz, den Typ von Luftfahrzeugen, den Flugplan, die Behandlung am Boden und sonstige Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Betrieb der vereinbarten Fluglinien sind durch Beratungen zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen oder anderen geeigneten Unternehmungen der beiden Vertragschließenden Parteien zu vereinbaren. Die so vereinbarten Frequenzen und Luftfahrzeugtypen unterliegen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden beider Vertragschließenden Parteien.

(3) Beim Betrieb der vereinbarten Fluglinien hat das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen der jeweiligen Vertragschließenden Partei die Interessen des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der anderen Vertragschließenden Partei zu berücksichtigen, um den auf der gesamten Flugstrecke oder einem Teil derselben betriebenen Fluglinienverkehr dieses Fluglinienunternehmens nicht ungebührlich zu beeinträchtigen.

(4) Die von einem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen betriebenen vereinbarten Fluglinien haben ihren ständigen Hauptzweck in der Bereitstellung eines Beförderungsangebotes, das bei angemessener Auslastung dem Bedarf nach Beförderung von Fluggästen, Post und Fracht aus oder nach dem Hoheitsgebiet der Vertragschließenden Partei, die das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, angepaßt ist. Das Recht des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der jeweiligen Vertragschließenden Partei, an dem Punkt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei internationalen Verkehr nach oder aus Drittländern aufzunehmen oder abzusetzen, ist nachgeordneter Art.

(5) Können die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen über die genannten Flugpläne keine Einigung erzielen, so haben sich die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Parteien zu bemühen, das Problem zu lösen.

(6) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels tritt ein Flugplan erst in Kraft, wenn er durch die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Parteien genehmigt wurde.

(7) Die gemäß den Bestimmungen dieses Artikels für eine Saison erstellten Flugpläne bleiben für entsprechende Saisonen in Kraft, bis neue Flugpläne gemäß den Bestimmungen dieses Artikels erstellt worden sind.

Artikel 11

INFORMATIONEN UND STATISTIKEN

Die Luftfahrtbehörden der jeweiligen Vertragschließenden Partei haben den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragschließenden Partei auf deren Ersuchen statistische Unterlagen in dem Maße zu übermitteln, wie es sinnvollerweise zum Zweck der Überprüfung des von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der erstgenannten Vertragschließenden Partei auf der festgelegten Flugstrecke bereitgestellten Beförderungsangebotes erforderlich ist. Solche Unterlagen haben alle Informationen zu umfassen, die zur Feststellung des beförderten Verkehrsaufkommens erforderlich sind.

Artikel 12

FESTSETZUNG DER TARIFE

(1) Die Tarife für die vereinbarten Fluglinien müssen unter gebührender Berücksichtigung aller erheblichen Faktoren einschließlich der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinns, der Charakteristika der Beförderung (wie Standards der Geschwindigkeit und Bequemlichkeit) und anderer ähnlicher Tarife, die für den jeweiligen Teil der festgelegten Flugstrecke gelten, in angemessener Höhe erstellt werden. Diese Tarife sind gemäß den folgenden Bestimmungen dieses Artikels festzulegen.

(2) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Tarife sind zwischen den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen beider Vertragschließenden Parteien zu vereinbaren, wobei andere vergleichbare internationale Tarife, die für die Gesamtheit oder einen Teil der betreffenden Strecke gelten, zu berücksichtigen sind. Die auf diese Weise vereinbarten Tarife unterliegen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden beider Vertragschließenden Parteien und sind spätestens 90 Tage vor dem beabsichtigten Zeitpunkt der Einführung dieser Tarife den jeweiligen Luftfahrtbehörden vorzulegen. In bestimmten Fällen kann diese Frist im Einvernehmen zwischen den genannten Behörden herabgesetzt werden.

(3) Können sich die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen auf solche Tarife nicht einigen, so haben sich die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Parteien zu bemühen, die Tarife im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen.

(4) Können die Luftfahrtbehörden sich über die Genehmigung eines ihnen gemäß Absatz 2 dieses Artikels vorgelegten Tarifs oder über die Festsetzung eines Tarifs gemäß Absatz 3 nicht einigen, so ist die Sache den Vertragschließenden Parteien zur Beilegung gemäß den Bestimmungen des Artikels 15 dieses Abkommens zu unterbreiten.

(5) Solange kein neuer Tarif gemäß den Bestimmungen dieses Artikels festgelegt worden ist, gilt der bereits in Kraft stehende Tarif. Ein Tarif darf jedoch unter Berufung auf diesen Absatz nicht über 12 Monate hinaus nach dem Zeitpunkt, zu dem er sonst abgelaufen wäre, verlängert werden.

Artikel 13

DOKUMENTE

(1) Jedes auf der festgesetzten Flugstrecke eingesetzte Luftfahrzeug des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der jeweiligen Vertragschließenden Partei hat mit den entsprechenden Nationalitäts- und Eintragszeichen versehen zu sein

sowie die folgenden Bescheinigungen und Dokumente an Bord mitzuführen:

- a) Eintragungsschein;
- b) Lufttüchtigkeitsschein;
- c) Flugtagebuch;
- d) Bewilligung für Flugzeugfunkstellen;
- e) Erlaubnisscheine oder Zeugnisse für jedes Mitglied der Besatzung;
- f) Liste der Besatzungsmitglieder;
- g) Liste der Fluggäste mit Angabe des Ausgangspunktes und des Bestimmungsortes der Reise;
- h) Verzeichnis der Fracht und Post;
- i) allgemeine Erklärung.

Jede Vertragschließende Partei hat die erwähnten Zeugnisse und Erlaubnisscheine, die von der anderen Vertragschließenden Partei ausgestellt oder beglaubigt worden sind, anzuerkennen.

(2) Das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen der jeweiligen Vertragschließenden Partei kann die vereinbarten Fluglinien auf der (den) festgelegten Flugstrecke(n) auch mit von einem Drittland angemieteten Luftfahrzeugen betreiben. Es sind jedoch zwischen den Vertragschließenden Parteien Beratungen durchzuführen, falls von der anderen Vertragschließenden Partei hinsichtlich des Nationalitätszeichens des betreffenden Luftfahrzeuges Einwände erhoben werden.

Artikel 14

SUCH- UND RETTUNGSMASSNAHMEN

Falls ein Luftfahrzeug des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens der einen Vertragschließenden Partei sich in Not befindet oder einen Unfall im Hoheitsgebiet der anderen Vertragschließenden Partei erleidet, hat die andere Vertragschließende Partei:

- a) die erstgenannte Vertragschließende Partei unverzüglich über den Unfall zu informieren;
- b) sofort mit Such- und Rettungsmaßnahmen zu beginnen;
- c) den Fluggästen und der Besatzung zu Hilfe zu kommen;
- d) für alle Sicherheitsmaßnahmen für das Luftfahrzeug und seinen Inhalt zu sorgen;
- e) eine Untersuchung des Unfalls durchzuführen;
- f) den Vertretern der erstgenannten Vertragschließenden Partei Zugang zu dem Luftfahrzeug zu ermöglichen und ihnen die Teilnahme an der Untersuchung als Beobachter zu gestatten;
- g) das Luftfahrzeug und seinen Inhalt freizugeben, sobald sie für die Untersuchung nicht mehr benötigt werden;
- h) der erstgenannten Vertragschließenden Partei ihre Schlußfolgerungen und den abschließen-

den Untersuchungsbericht schriftlich zu übermitteln.

Artikel 15

BERATUNGEN

(1) Die Vertragschließenden Parteien gewährleisten die korrekte Anwendung und zufriedenstellende Erfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens im Geiste enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung. Zu diesem Zweck werden sich die Vertragschließenden Parteien von Zeit zu Zeit beraten.

(2) Jede der Vertragschließenden Parteien kann um Beratungen mit der anderen Vertragschließenden Partei ersuchen, die mündlich oder schriftlich erfolgen können und innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen ab dem Zeitpunkt des Erhalts des Ersuchens beginnen, sofern nicht beide Vertragschließende Parteien eine Verlängerung dieser Frist gemeinsam vereinbaren.

(3) Bei einer Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens haben sich die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der beiden Vertragschließenden Parteien gegebenenfalls zu bemühen, sie direkt durch Beratungen im Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständnisses beizulegen. Kommen die Fluglinienunternehmen zu keiner Regelung oder liegt die Sache nicht innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches, so haben sich die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Parteien zu bemühen, die Sache durch Beratungen beizulegen. Kann dann noch immer keine Einigung erzielt werden, so haben sich die Vertragschließenden Parteien zu bemühen, sie durch Beratungen zu regeln.

Artikel 16

ABÄNDERUNG

(1) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, haben die Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Parteien auf Ersuchen einer dieser Behörden zu Beratungen zusammenzutreten.

(2) Wenn eine der Vertragschließenden Parteien es für wünschenswert hält, irgendeine Bestimmung dieses Abkommens, einschließlich des Flugplans, abzuändern, so kann sie um Beratungen mit der anderen Vertragschließenden Partei ersuchen. Diese Beratungen, die zwischen den entsprechenden Behörden und auf mündlichem oder schriftlichem Wege erfolgen können, haben innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen ab dem Zeitpunkt des Erhalts des Ersuchens zu beginnen. Alle auf diese Weise vereinbarten Abänderungen treten erst dann

in Kraft, wenn sie durch Notenwechsel auf diplomatischem Wege bestätigt wurden.

Artikel 17

KÜNDIGUNG

Jede der Vertragschließenden Parteien kann der anderen Vertragschließenden Partei jederzeit auf diplomatischem Wege ihren Beschluß bekanntgeben, dieses Abkommen zu kündigen. Erfolgt eine solche Kündigung, so endet dieses Abkommen zwölf Monate nach Erhalt der Kündigung durch die andere Vertragschließende Partei, sofern die Kündigung nicht vor Ablauf dieses Zeitraumes zurückgezogen wird. Die Kündigung gilt vierzehn Tage nach dem Zeitpunkt ihrer Ausstellung oder zum Zeitpunkt ihrer Übergabe an die diplomatische Vertretung der anderen Vertragschließenden Partei auf dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragschließenden Partei als erhalten.

Artikel 18

ÜBERSCHRIFTEN

Überschriften sind in diesem Abkommen über den einzelnen Artikeln zum Zwecke der Bezug-

nahme und der Übersichtlichkeit eingefügt und definieren, beschränken oder beschreiben den Anwendungsbereich oder die Zielsetzungen dieses Abkommens in keiner Weise.

Artikel 19

INKRAFTTRETEN

Das vorliegende Abkommen tritt sechzig (60) Tage nach dem Zeitpunkt des diplomatischen Notenwechsels in Kraft, der bestätigt, daß die Vertragschließenden Parteien ihre jeweiligen gesetzlichen Verfahren durchgeführt haben.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen dazu gehörig befugten Unterfertigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN in Beijing, am 12 September 1985 in dreifacher Ausfertigung in chinesischer, deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

LEOPOLD GRATZ

Für die Regierung der Volksrepublik China:

WU XUEQIAN

ANHANG
FLUGSTRECKENPLAN

- (1) FLUGSTRECKE:
- a) Die Flugstrecke der von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der Regierung der Volksrepublik China betriebenen vereinbarten Fluglinien verläuft wie folgt in beide Richtungen: Beijing—Wien.
 - b) Die Flugstrecke der von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der Österreichischen Bundesregierung betriebenen vereinbarten Fluglinien verläuft wie folgt in beide Richtungen: Wien—Beijing.
- (2) Zwischenpunkte dürfen von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen jeder der Ver-

tragschließenden Parteien ohne die Ausübung der Luftverkehrsrechte der Fünften Freiheit angefliegen werden.

Die Ausübung der Luftverkehrsrechte der Fünften Freiheit kann von den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Parteien vereinbart werden.

(3) Ein Punkt oder Punkte auf der festgelegten Flugstrecke dürfen auf einem Flug oder auf allen Flügen nach Ermessen des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens jeder der Vertragschließenden Parteien ausgelassen werden, sofern dieser Flug im Hoheitsgebiet der Vertragschließenden Partei seinen Ausgangspunkt hat, die das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat.

[CHINESE TEXT — TEXTE CHINOIS]

奥地利联邦政府和中华人民共和国 政府民用航空运输协定

奥地利联邦政府和中华人民共和国政府，以下称为“缔约双方”；

为了便利两国人民之间的友好往来，发展两国民用航空方面的相互关系；

就建立和经营两国领土间的定期航班，达成协议如下：

第一条 定 义

除非文中另有需要，本协定中：

(一) “航空当局”，奥地利联邦政府方面指联邦公共经济运输部，或指经法律授权执行该当局目前所行使的职能的任何当局；中华人民共和国方面指中国民用航空局，或指被授权执行上述当局目前所行使的职能的任何个人或机构。

(二) “空运企业”，指提供或经营国际航班的任何航空运输企业。

(三) “指定空运企业”，指根据本协定第三条经指定和获准的空运企业。

(四) “航班”，指以飞机从事旅客、行李、货物或邮件的公共运输的任何定期航班。

(五) “国际航班”，指飞越一个以上国家领土上空的航班。

(六) “非运输业务性经停”，指任何目的不在于上下旅客、行李、货物或邮件的降停。

(七) “运力”

1. 就飞机而言，指该飞机在航线或航段上可提供的商务载量。

2. 就规定航班而言，指飞行这一航班的飞机的运力乘以该飞机在一定的时期内在航线或航段上所飞行的班次。

(八) “运价”，指为运输旅客、行李和货物所支付的价格以及采用这些价格的条件，包括提供代理和其他附属服务的价格和条件，但不包括运输邮件的报酬和条件。

(九) “航线表”，指本协定所附的航线表或根据本协定第十六条的规定所修改过的航线表。该表构成本协定的一部分。除另有规定外，对本协定的一切援引应包括对该航线表的援引。

第二条 授 权

一、缔约一方给予缔约另一方以本协定规定的权利，以使其指定空运企业能在航线表规定的航线上建立和经营国际航班（以下分别称为“规定航线”和“协议航班”）。

二、在不违反本协定规定的情况下，缔约一方指定空运企业在规定航线上经营协议航班时，应享有下列权利：

（一）沿固定国际航路或缔约另一方航空当局规定的航路不降停飞越缔约另一方领土；

（二）在上述领土内缔约双方航空当局协议的地点作非运输业务性经停；

（三）在缔约另一方领土内规定航线上的地点经停，以便上下国际旅客、行李、货物和邮件。

三、缔约一方指定空运企业如欲在规定航线上作加班飞行，应向缔约另一方航空当局提出申请，获得许可后方可飞行。此项申请至迟应在飞机起飞七十二小时以前提出。

第三条 指定和许可

一、缔约一方有权书面向缔约另一方指定一家空运企业，在航线表规定的航线上经营协议航班。

二、缔约一方指定空运企业的主要所有权和有效管理权应属于该缔约方或其国民。

三、缔约另一方航空当局可要求被缔约一方指定的空运企业向其证明，该空运企业有资格履行根据法律和规章所制定的条件，这些法律和规章是上述当局在经营国际航班方面所通常合理地予以实施的。

四、在不违反本条第二款规定的情况下，缔约另一方在得知上述指定后，应不延误地给予该空运企业以合适的经营许可。

五、空运企业按照上述规定一经指定和获准，即可在任何时候开始经营协议航班。

第四条 许可的撤销

一、在下列情况下，缔约一方有权撤销和暂停业已给予缔约另一方指定空运企业的经营许可，或对该指定空运企业行使本协定第二条规定的权利，规定它认为必要的条件：

(一) 如它对该空运企业的主要所有权和有效管理权是否属于指定该空运企业的缔约方或其国民的情况有疑义；或

(二) 如该空运企业不遵守给予其权利的缔约方的法律和规章；或

(三) 如该空运企业在其他方面没有按照本协定规定的条件经营。

二、除非本条第一款所述的撤销、暂停或规定条件必须立即执行，以防止进一步违反法律和规章，否则这种权利只能在与缔约另一方协商后方可行使。

第五条 提供技术服务和费率

一、缔约一方应在其领土内指定供缔约另一方指定空运企业经营规定航线而使用的主用机场和备降机场，并向该空运企业提供飞行协议航班所需的通信、导航、气象和其他附属服务。具体办法由缔约双方航空当局协商确定。

二、缔约一方指定空运企业使用缔约另一方的机场设备和技术服务按缔约另一方有关当局所规定的公平合理的费率付费。这些费率不应高于从事国际航班飞行的其他国家空运企业使用类似设施和服务所付的费率。

第六条 关税和税收

一、缔约一方指定空运企业飞行国际航班的飞机，以及留置在机上的正常设备、零备件、燃料、油料（包括液压油）、润滑油和机上供应品（包括食品、饮料和烟草），在

进入缔约另一方领土时，应豁免一切关税、检验费和其他税捐，但这些设备和物品应留置在飞机上直至再次运出。

二、缔约一方指定空运企业运入或代表该企业运入缔约另一方领土的只供飞行国际航班使用的燃料、油料（包括液压油）、润滑油、零备件、正常设备和机上供应品，或装上该企业的飞机的上述物资，即使在装机的缔约方领土内的航段上使用，也应豁免所有税收和税捐，包括缔约另一方领土内所征收的关税和检验费。可要求将上述物资交海关监管。

三、留置在缔约任何一方飞机上的机上正常设备、零备件、机上供应品、燃料、油料（包括液压油）和润滑油，只能在缔约另一方海关当局同意后，方可在缔约另一方领土内卸下。该当局可要求这些物品置于他们监管之下，直至再次运出，或按海关规定另作处理。

四、缔约另一方指定空运企业为经营协议航班设立办事处而运入缔约一方领土内的下列物品，也应豁免一切关税和/或税收：

（一）办公室用品，如：必要的家具、打字机等；电信设备，如电传机和供机场内使用的步话机或其他无线电设备；空运企业专用于定座和营运目的的电子计算机设备，如计算机的终端机、打印机。

(二) 各种公务文件，如空运企业票证、登机牌、行李牌、货运单、班期时刻表等。

(三) 用于在城内办事处和机场间运送旅客和行李的客车型车辆。

第七条 代表机构和营业机构及人员

一、为了经营规定航线上的协议航班，缔约一方指定空运企业有权在对等的基础上在缔约另一方领土内规定航线上的地点设立一代表机构或营业机构。本款所述机构的人员应受驻在国的现行法律和规章的管辖。

二、除非另有协议，缔约一方指定空运企业驻在缔约另一方领土内的代表机构或营业机构的工作人员，应为缔约任何一方的国民，其人数由缔约双方主管当局在对等的基础上商定。

三、缔约一方应尽最大可能保障缔约另一方指定空运企业的上述机构及其工作人员的安全，并保护上述空运企业在其领土内经营协议航班所用的飞机、物品和其他财产。

四、缔约一方应为缔约另一方指定空运企业的上述机构及其工作人员提供有效地经营协议航班所需要的协助和方便。

五、缔约任何一方指定空运企业进入和离开缔约另一方领土的航班上的机组成员，应为指定该空运企业的缔约一方的国民。缔约任何一方指定空运企业如欲在进入和离开缔约另一方领土的航班上雇用任何其他国籍的机组成员，应事先取得缔约另一方的同意。

第八条 空运企业收入的结汇

缔约任何一方允许缔约另一方指定空运企业按正式比价，自由结汇该指定空运企业因运输旅客、行李、货物和邮件在缔约一方领土内所得的收支余额。如缔约双方间的支付按一项专门协定办理，则该协定应适用。

第九条 入境和放行规章

一、缔约一方关于从事国际航班飞行的飞机进出其领土和在其领土内停留、航行的法律和规章以及关于旅客、空勤组、行李、货物和邮件进出其领土和在其领土内停留的法律和规章，均适用于缔约另一方指定空运企业在缔约一方领土内的飞机、空勤组和该机所载运的旅客、行李、货物和邮件。在缔约另一方提出要求时，缔约一方应立即向其提供上述法律和规章的文本。

二、对直接过境缔约任何一方领土的旅客，至多只采取非常简化的控制措施。直接过境的行李和货物应豁免关税、检验费和其他税收和费用。

第十条 运力规定

一、缔约双方指定空运企业在规定航线上经营协议航班方面，应享有平等合理的机会。

二、有关班次、机型、班期时刻、地面服务和关于经营协议航班的其他事项，应由缔约双方指定空运企业或其他有关企业协商确定。如此协议的班次、机型应经缔约双方航空当局批准。

三、在经营协议航班方面，缔约一方指定空运企业应考虑到缔约另一方指定空运企业的利益，以免不适当地影响后者在整条航线或其航段上经营的航班。

四、指定空运企业提供的协议航班，其主要目的应是以合理的载运比率提供足够的运力，以满足来自或前往指定该空运企业的缔约方领土的旅客、邮件和货物的运输的需要。缔约一方指定空运企业在缔约另一方领土地点上下前往或来自第三国的国际业务的权利应是辅助性质的。

五、如指定空运企业不能就上述班期时刻达成协议，缔约双方航空当局应设法解决这一问题。

六、根据本条规定，未经缔约双方航空当局批准的班期时刻不得生效。

七、在根据本条规定制定出新的班期时刻以前，根据本条规定制定的一个季节的班期时刻在相对应的季节仍将有效。

第十一条 资料 and 统计资料

缔约一方航空当局应按缔约另一方航空当局的要求，向其提供审议缔约一方指定空运企业在规定航线上提供的运力时可能合理地需要的统计资料。这些资料应包括为确定已载运的业务量所需的全部情况。

第十二条 运价的制定

一、任何协议航班的运价，应在合理的水平上制定，适当照顾到一切有关因素，包括经营成本、合理利润、航班特点（如速度和舒适水平），以及在规定航线任何航段上适用的其他类似运价。这些运价应根据本条下列规定制定。

二、本条第一款所述运价，应由缔约双方指定空运企业商定，并考虑到在该航线或其航段上可比较的其他国际运

价。商定的运价应经缔约双方航空当局批准，并至少应在其拟议采用之日九十天前提交各自航空当局。在特殊情况下，经上述当局同意，这一时限可予缩短。

三、如指定空运企业不能就这些运价中的任何一项达成协议，缔约双方航空当局应设法达成协议，确定运价。

四、如双方航空当局未能就批准根据本条第二款向其提交的任何运价达成协议，或未能根据第三款就运价的确定达成协议，此项分歧应根据本协定第十五条规定提交缔约双方解决。

五、在根据本条规定决定新运价前，已生效的运价应继续有效。但是，运价不应由于本款规定在其应失效之日十二个月后仍然有效。

第十三条 文 件

一、缔约一方指定空运企业在规定航线上飞行的飞机应具有该缔约方的国籍标志和登记标志，并携带下列证件和文件：

(一) 登记证；

(二) 适航证；

- (三) 航行记录表；
- (四) 机上无线电台执照；
- (五) 空勤组成员的执照或证件；
- (六) 空勤组名单；
- (七) 注明起讫地点的旅客名单；
- (八) 货物、邮件舱单；
- (九) 总申报单。

缔约一方发给或核准的上述有效证件和执照，缔约另一方应予承认。

二、缔约一方指定空运企业可使用租自第三国的飞机飞行规定航线上的协议航班。但在缔约另一方对飞机登记国籍提出异议时，缔约双方须进行协商。

第十四条 搜寻与援救

缔约一方指定空运企业的飞机如在缔约另一方领土内遇险或失事时，缔约另一方应：

- 一、立即将失事情况通知缔约一方；
- 二、立即进行搜寻与援救；
- 三、对旅客和空勤组提供援助；
- 四、对飞机和机上装载物，采取一切安全措施；

五、调查事故情况；

六、允许缔约一方的代表接近飞机，并作为观察员参加对事故的调查；

七、如调查中不再需要遇险或失事的飞机和其装载物，应予放行；

八、将其调查结论和最后报告书面通知缔约一方。

第十五条 协 商

一、缔约双方应本着密切合作和相互支持的精神，保证本协定的各项规定的正确实施和满意的遵守。为此，缔约双方航空当局应经常相互协商。

二、缔约任何一方可要求与缔约另一方进行协商，这一协商可以口头或书面进行，并应在收到要求之日起六十天内进行，除非缔约双方同意延长这一期限。

三、如对本协定的解释或实施发生分歧，缔约双方指定空运企业应在适当的情况下本着友好合作和相互谅解的精神，设法直接通过协商予以解决。如上述空运企业未能求得解决，或所争执的问题不在他们的主管范围以内，缔约双方航空当局应设法协商解决。如仍不能求得解决，缔约双方应设法通过协商予以解决。

第十六条 修 改

一、为保证本协定的实施中的密切合作，缔约双方航空当局应根据该任何一方当局的要求进行协商。

二、如缔约任何一方认为修改本协定包括航线表的任何条款是可取的，可要求与缔约另一方进行协商。此项协商可在有关当局之间通过讨论或通过信函进行，应在收到要求之日起六十天内开始。达成协议的修改在通过外交途径换文确认后方能生效。

第十七条 终 止

缔约一方可随时将其终止本协定的决定通过外交途径通知缔约另一方。通知发出后，本协定在缔约另一方收到通知之日起十二个月后终止，除非在期满前撤回该通知。在通知之日起十四天后，或将通知递交缔约另一方在缔约一方领土内的外交机构之日，该项通知应认为已被收到。

第十八条 标 题

本协定每条均冠以标题，只是为了查阅方便，而决非对本协定的范围或意图予以解释、限制或说明。

第十九条 生效

本协定自缔约双方已完成了各自法律程序并以外交换文相互通知之日六十天后生效。

下列签字人，经其各自政府正式授权，已在本协定上签字，以昭信守。

本协定于一九八五年九月十二日在北京签订，共三份，每份都用中文、德文和英文写成，三种文本具有同等效力。

奥地利联邦政府

代 表

LEOPOLD GRATZ

中华人民共和国政府

代 表

WU XUEQIAN

附 件

航 线 表

一、航线

(一) 中华人民共和国政府指定空运企业经营协议航班的往返航线为：

北京——维也纳

(二) 奥地利联邦政府指定空运企业经营协议航班的往返航线为：

维也纳——北京

二、缔约任何一方指定空运企业如不行使第五种业务权可飞行任何中间经停点。

第五种业务权的行使可由缔约双方航空当局商定。

三、缔约任何一方指定空运企业在任何或所有飞行中，可以自行决定不经停规定航线上的任何地点，但航班须在指定该空运企业的缔约方领土内始发。

AGREEMENT¹ BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA RELATING TO CIVIL AIR TRANSPORT

The Austrian Federal Government and the Government of the People's Republic of China, hereinafter referred to as "the Contracting Parties";

Desiring to facilitate friendly contacts between their two peoples, and develop mutual relations between the two countries in the field of civil aviation;

Have agreed on the establishment and operation of scheduled air services between their respective territories as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purpose of this Agreement, unless the context otherwise requires:

a) The term "aeronautical authorities" means in the case of the Austrian Federal Government, the Federal Ministry for Public Economy and Transport, or any other authority legally empowered to perform the functions exercised now by the said authorities; and in the case of the People's Republic of China, the Civil Aviation Administration of China, or any other person or agency authorized to perform the functions presently exercised by the said authorities;

b) The term "airline" means any air transport enterprise offering or operating international air services;

c) The term "designated airline" means an airline which has been designated and authorized in accordance with Article 3 of this Agreement;

d) The term "air service" means any scheduled air service performed by aircraft for the public transport of passengers, baggage, cargo or mail;

e) The term "international air service" means an air service which passes through the air space over the territory of more than one State;

f) The term "stop for non-traffic purposes" means a landing for any purpose other than taking on or discharging passengers, baggage, cargo or mail;

g) The term "capacity" means:

- i)* In relation to an aircraft, the payload of that aircraft available on a route or section of a route;
- ii)* In relation to a specified air service, the capacity of the aircraft used on such service multiplied by the frequency operated by such aircraft over a given period on a route or section of a route;

h) The term "tariff" means the prices to be paid for the carriage of passengers, baggage and freight and the conditions under which those prices apply, including prices and conditions for agency and other auxiliary service, but excluding remuneration or conditions for the carriage of mail;

¹ Came into force on 27 January 1986, i.e., 60 days after the date on which the Contracting Parties had informed each other (on 28 November 1985) of the completion of their respective legal procedures, in accordance with article 19.

i) The term “Schedule” means the Route Schedule annexed to this Agreement or as amended in accordance with the provisions of Article 16 of this Agreement. The Schedule forms a part of this Agreement and all references to the Agreement shall include references to the Schedule except where otherwise provided.

Article 2

GRANT OF RIGHTS

(1) Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the rights specified in this Agreement to enable its designated airline to establish and operate international air services on the route(s) specified in the Schedule [hereinafter called “the agreed services” and “the specified route(s)” respectively].

(2) Subject to the provisions of this Agreement, the designated airline of each Contracting Party shall enjoy while operating an agreed service on a specified route, the following rights:

a) To fly without landing across the territory of the other Contracting Party along the fixed international air routes or the air routes prescribed by the aeronautical authorities of the other Contracting Party;

b) To make stops for non-traffic purposes in the said territory, at points to be agreed upon between the aeronautical authorities of both Contracting Parties, and

c) To make stops at the point(s) on the specified route in the territory of the other Contracting Party for the purpose of taking on board and discharging international traffic in passengers, baggage, cargo and mail.

(3) In case the designated airline of one Contracting Party desires to operate an additional flight on the specified route, it shall submit an application to the aeronautical authorities of the other Contracting Party, and the flight can be operated only after approval has been obtained. The said application shall be submitted not later than seventy-two hours before the take-off of such flight.

Article 3

DESIGNATION AND AUTHORIZATION

(1) Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party one airline to operate the agreed services on the route specified in the Schedule.

(2) The substantial ownership and effective control of the airline designated by each Contracting Party shall remain vested in such Contracting Party or its nationals.

(3) The aeronautical authorities of the other Contracting Party may require the airline designated by the first Contracting Party to satisfy them that it is qualified to fulfil the conditions prescribed under the laws and regulations normally and reasonably applied by them to the operation of international air services by the said authorities.

(4) On receipt of such designation, the other Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraph (2) of this Article, grant without delay to the airline so designated the appropriate operating authorization.

(5) When an airline has been so designated and authorized it may commence at any time operation of the agreed services.

Article 4

REVOCATION OF OPERATING AUTHORIZATION

(1) Each Contracting Party shall have the right to revoke or suspend the operating authorization already granted to the designated airline of the other Contracting Party, or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise by the said designated airline of the rights specified in Article 2 of this Agreement, in any of the following cases:

a) Where it is not satisfied that the substantial ownership and effective control of that airline are vested in the Contracting Party designating the airline or its nationals; or

b) Where that airline fails to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting these rights; or

c) Where that airline otherwise fails to operate in accordance with the conditions prescribed under this Agreement.

(2) Unless immediate revocation, suspension or imposition of the conditions mentioned in paragraph (1) of this Article is essential to prevent further infringements of laws and regulations, such right shall be exercised only after consultation with the other Contracting Party.

Article 5

PROVISION OF TECHNICAL SERVICES AND RATE OF CHARGES

(1) Each Contracting Party shall designate in its territory regular airports and alternate airports to be used by the designated airline of the other Contracting Party for the operation of the specified route, and shall provide that airline with such communications, navigational, meteorological and other auxiliary services in its territory as are required for the operation of the agreed services. Detailed arrangements relating to the above shall be agreed between the aeronautical authorities of both Contracting Parties.

(2) The designated airline of each Contracting Party shall be charged for the use of airports, facilities and technical services of the other Contracting Party at fair and reasonable rates prescribed by the appropriate authorities of the other Contracting Party. Such rates shall not be higher than those paid by airlines of other States engaged in international air services for the use of similar facilities and services.

Article 6

CUSTOMS AND DUTIES

(1) Aircraft operated on international air services of the designated airline of one Contracting Party, as well as their regular equipment, spare parts, supplies of

fuels, oils (including hydraulic fluids), lubricants and aircraft stores (including food, beverages and tobacco) on board such aircraft shall be exempt from all customs duties, inspection fees and other duties or taxes on arriving in the territory of the other Contracting Party, provided such equipment and supplies remain on board the aircraft up to such time as they are re-exported.

(2) Supplies of fuels, oils (including hydraulic fluids), lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores introduced into the territory of each Contracting Party by or on behalf of the designated airline of the other Contracting Party or taken on board the aircraft operated by such designated airline and intended solely for use in the operation of international air services shall be exempt from all duties and taxes, including customs duties and inspection fees imposed in the territory of the first Contracting Party even when those supplies are to be used on the parts of the journey performed over the territory of the Contracting Party in which they are taken on board. The materials referred to above may be required to be kept under customs supervision or control.

(3) The regular airborne equipment, spare parts, aircraft stores, and supplies of fuels, oils (including hydraulic fluids), and lubricants retained on board the aircraft of either Contracting Party may be unloaded in the territory of the other Contracting Party only with the approval of the customs authorities of that Contracting Party, who may require that those materials be placed under their supervision and control up to such time as they are reexported or otherwise disposed of in accordance with customs regulations.

(4) There shall also be exempt from all customs duties and/or taxes the following items and goods imported into the territory of either Contracting Party by the designated airline of the other Contracting Party for the establishment of an office in the operation of its agreed services:

a) Office supplies, e.g., necessary furniture, typewriters etc.; telecommunications equipment such as teletype apparatus and walkie talkies or other wireless equipment for use within the airport; airline computer equipment used exclusively for reservation and operational purposes such as computer terminals, teleprinters;

b) Various official documents such as airline tickets, boarding cards, luggage tags, airwaybills, timetables, etc.;

c) Bus-type vehicles used for the transfer of passengers and luggage between the city office and the airport.

Article 7

REPRESENTATIVE AND SALES OFFICE(S) AND PERSONNEL

(1) For the operation of the agreed services on the specified route, the designated airline of each Contracting Party shall have the right, on reciprocal basis, to set up a representative office or sales office(s) at the point on the specified route within the territory of the other Contracting Party. The staff of the said office(s) referred to in this paragraph shall be subject to the laws and regulations in force in the country where such office(s) is/are located.

(2) The staff members of the representative office or the sales office(s) of the designated airline of each Contracting Party in the territory of the other Contracting

Party shall be nationals of either Contracting Party, unless otherwise agreed. The number of such staff shall be determined on reciprocal basis between the competent authorities of both Contracting Parties.

(3) Each Contracting Party shall to the maximum extent practicable ensure the safety of the office(s) mentioned above and its staff members of the designated airline of the other Contracting Party, and safeguard the aircraft, stores, and other properties of the said airline in its territory for use in the operation of the agreed services.

(4) Each Contracting Party shall extend assistance and facilities to the office(s) mentioned above and its staff members of the designated airline of the other Contracting Party necessary for the efficient operation of the agreed services.

(5) The crew members of the designated airline of either Contracting Party on flights into and out of the territory of the other Contracting Party shall be nationals of the Contracting Party designating such airline. If a designated airline of either Contracting Party desires to employ crew members of any other nationality on flights into and out of the territory of the other Contracting Party, prior approval shall be obtained from that other Contracting Party.

Article 8

TRANSFER OF AIRLINE EARNINGS

Either Contracting Party undertakes to grant the designated airline of the other Contracting Party free transfer, at the official rate of exchange, of the excess of receipt over expenditure achieved on its territory in connection with the carriage of passengers, baggage, cargo and mail by the said designated airline. Whenever the payment system between the Contracting Parties is governed by a special agreement, that agreement shall apply.

Article 9

ENTRY AND CLEARANCE REGULATIONS

(1) The laws and regulations of either Contracting Party relating to the admission to, stay in, departure from and flight over its territory of aircraft engaged in the operation of international air services, as well as laws and regulations relating to the admission to, stay in and departure from its territory of passengers, crew, baggage, cargo and mail shall be applicable to the aircraft of the airline designated by the other Contracting Party, its crew as well as the passengers, baggage, cargo and mail carried by such aircraft, while in the territory of the first Contracting Party. Each Contracting Party shall promptly supply to the other Contracting Party at the latter's request the texts of the above-mentioned laws and regulations.

(2) Passengers in direct transit across the territory of either Contracting Party shall be subject to no more than very simplified control. Baggage and freight, if in direct transit, shall be exempt from customs duties, inspection fees and other duties and charges.

Article 10

CAPACITY PROVISIONS

(1) There shall be reasonable equal opportunity for the designated airlines of the Contracting Parties in operating the agreed services on the specified routes.

(2) Matters relating to frequency, type of aircraft, schedule, ground handling and other matters pertaining to the operation of the agreed services shall be agreed upon through consultation between the designated airlines or other appropriate companies of both Contracting Parties. Frequency and type of aircraft so agreed shall be subject to the approval of the aeronautical authorities of both Contracting Parties.

(3) In the operation of the agreed services, the designated airline of each Contracting Party shall take into account the interests of the designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the whole route or parts thereof.

(4) The agreed services provided by a designated airline shall retain as their primary objective the provision at a reasonable load factor, of capacity adequate to the requirements for the carriage of passengers, mail and cargo, originating from or destined to the territory of the Contracting Party designating the airline. The right of the designated airline of either Contracting Party to embark or to disembark at the point in the territory of the other Contracting Party international traffic destined for or coming from third countries shall be of a supplementary nature.

(5) If the designated airlines cannot agree on the schedules mentioned above, the aeronautical authorities of the Contracting Party shall endeavour to settle the problem.

(6) Subject to the provisions of this Article, no schedules shall come into force, if the aeronautical authorities of the Contracting Parties have not approved it.

(7) The schedules established for one season in accordance with the provisions of this Article shall remain in force for corresponding seasons until new schedules have been established in accordance with the provisions of this Article.

Article 11

INFORMATION AND STATISTICS

The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party, at their request, statistical data as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by the designated airline of the first Contracting Party on the specified route. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried.

Article 12

ESTABLISHMENT OF TARIFFS

(1) The tariffs on any agreed services shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors including cost of operation, reasonable

profit, characteristics of service (such as standards of speed and accommodation) and other similar tariffs applicable for any part of the specified route. These tariffs shall be fixed in accordance with the following provisions of this Article.

(2) The tariffs referred to in paragraph (1) of this Article shall be agreed upon between the designated airlines of both Contracting Parties, taking into consideration other comparable international tariffs applicable over the whole or part of that route. The tariffs so agreed shall be subject to the approval of the aeronautical authorities of both Contracting Parties and shall be submitted to their respective aeronautical authorities at least 90 days prior to the proposed date of introduction of these tariffs. This period can be reduced in certain cases upon agreement between the said authorities.

(3) If the designated airlines cannot agree on any of these tariffs, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall try to determine the tariffs by agreement between themselves.

(4) If the aeronautical authorities cannot agree on the approval of any tariff submitted to them under paragraph (2) of this Article or on the determination of any tariff under paragraph (3), the matter shall be referred to the Contracting Parties for settlement in accordance with the provisions of Article 15 of this Agreement.

(5) Pending determination of a new tariff in accordance with the provisions of this Article, the tariffs already in force shall prevail. Nevertheless, a tariff shall not be prolonged by virtue of this paragraph for more than 12 months after the date on which it otherwise would have expired.

Article 13

DOCUMENTS

(1) The aircraft of the designated airline of either Contracting Party operating on the specified route shall bear its nationality and registration marks and carry on board the following certificates and documents:

- (a) Certificate of registration;
- (b) Certificate of airworthiness;
- (c) Journey log sheet;
- (d) Aircraft radio station licence;
- (e) Licences or certificates for each member of the crew;
- (f) List of crew members;
- (g) List of passengers giving the places of departure and destination;
- (h) Manifest of cargo and mail;
- (i) General declaration.

Each Contracting Party shall recognize as valid the certificates and licences mentioned above issued or rendered valid by the other Contracting Party.

(2) The designated airline of either Contracting Party can operate the agreed services on the specified route(s) with aircraft leased from a third country. However, consultations shall be conducted between the Contracting Parties in case objection is raised by the other Contracting Party as regards the nationality mark of the aircraft.

Article 14

SEARCH AND RESCUE

In case the aircraft of the designated airline of one Contracting Party is in distress or meets with an accident in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall:

- (a) Inform without delay the first Contracting Party of the accident;
- (b) Immediately start search and rescue operations;
- (c) Render assistance to the passengers and crew;
- (d) Provide all security measures for the aircraft and its contents;
- (e) Carry out investigation into the accident;
- (f) Permit the representatives of the first Contracting Party access to the aircraft and participate in the investigation as observers;
- (g) Give clearance to the aircraft and its contents as soon as they are no longer necessary for the investigation;
- (h) Communicate in writing to the first Contracting Party its conclusions and the final report concerning the investigation.

Article 15

CONSULTATIONS

(1) The Contracting Parties shall ensure the correct implementation of, and satisfactory compliance with, the provisions of the present Agreement in a spirit of close co-operation and mutual support. To this end, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall consult each other from time to time.

(2) Either Contracting Party may request consultation with the other Contracting Party, which may be either oral or in writing, and which shall begin within a period of 60 days from the date of receipt of the request, unless both Contracting Parties jointly determine an extension of this period.

(3) If any difference of opinion arises in respect of the interpretation or implementation of this Agreement, the designated airlines of both Contracting Parties shall, where appropriate, endeavour to settle it directly through consultation in a spirit of friendly co-operation and mutual understanding. If the airlines fail to reach a settlement, or if the matter at issue does not lie within their competence, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall endeavour to settle it through consultation. If a settlement still cannot be reached, the Contracting Parties shall endeavour to settle it through consultation.

Article 16

AMENDMENT

(1) In order to ensure close collaboration in the performance of this Agreement the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall consult on request of either of those authorities.

(2) If either of the Contracting Parties considers it desirable to amend any provision of this Agreement including the Schedule, it may request consultation with the other Contracting Party. This consultation, which may be between appropriate authorities and which may be through discussion or by correspondence, shall begin within a period of 60 days from the date of receipt of the request. Any amendments so negotiated shall not come into force until they have been confirmed by way of an exchange of notes through the diplomatic channels.

Article 17

TERMINATION

Either Contracting Party may at any time notify, through diplomatic channels, the other Contracting Party of its decision to terminate this Agreement. If such notice is given, this Agreement shall terminate twelve months after the date of receipt by the other Contracting Party of the notice to terminate, unless the notice under reference is withdrawn before the expiry of that period. Notice shall be deemed to have been received fourteen days after the date of the notice, or at the date of handing the notice to the diplomatic mission of the other Contracting Party in the territory of the first Contracting Party.

Article 18

TITLES

Titles are inserted in this Agreement at the head of each article for the purpose of reference and convenience and in no way to define, limit or describe the scope of intent of this Agreement.

Article 19

ENTRY INTO FORCE

The present Agreement shall come into force sixty (60) days after the date of exchange of diplomatic notes confirming that the Contracting Parties have completed their respective legal procedures.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized by their respective Governments, have signed the present Agreement.

DONE at Beijing on 12th day of September 1985, in three originals, each in the Chinese, German and English languages, all the texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

LEOPOLD GRATZ

For the Government
of the People's Republic of China:

WU XUEQIAN

ANNEX

SCHEDULE

(1) *Route:*

(a) The route of the agreed services operated by the designated airline of the Government of the People's Republic of China shall be as follows in both directions: Beijing–Vienna.

(b) The route of the agreed services operated by the designated airline of the Austrian Federal Government shall be as follows in both directions: Vienna–Beijing.

(2) Any intermediate points may be served by the designated airline of each Contracting Party without exercising fifth freedom traffic rights.

The exercise of fifth freedom traffic rights may be agreed upon by the aeronautical authorities of the two Contracting Parties.

(3) Any point or points on the specified route may be omitted on any or all flights at the discretion of the designated airline of each Contracting Party provided that this operation originates in the territory of the Contracting Party designating the airline.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN
ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE
DE CHINE RELATIF AUX TRANSPORTS CIVILS AÉRIENS

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République populaire de Chine, ci-après dénommés « les Parties contractantes »;

Désireux de faciliter les rapports amicaux entre leurs deux peuples et de développer les relations entre les deux pays dans le domaine de l'aviation civile;

Sont convenus de créer et d'exploiter des services aériens réguliers entre leurs territoires respectifs, dans les conditions suivantes :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte n'indique une interprétation contraire :

a) L'expression « autorités aéronautiques » s'entend, dans le cas de l'Autriche, du Ministère fédéral de l'économie publique et des transports ou de toute autre autorité juridiquement habilitée à remplir les fonctions exercées par ledit Ministère, et, dans le cas de la République populaire de Chine, de l'administration de l'aviation civile de Chine, ou de toute autre personne ou organisme habilité à remplir les fonctions actuellement exercées par ladite administration;

b) L'expression « société de transport aérien » s'entend d'une société de transport aérien qui offre ou qui exploite des services de transport aérien;

c) L'expression « entreprise désignée » s'entend d'une entreprise de transport aérien qui a été désignée et autorisée conformément aux dispositions de l'article 3 du présent Accord;

d) L'expression « service aérien » s'entend de tout service aérien régulier assuré par des aéronefs aux fins du transport public de passagers, de bagages, de marchandises et du courrier;

e) L'expression « service aérien international » s'entend d'un service aérien qui traverse l'espace aérien situé au-dessus du territoire de plus d'un Etat;

f) L'expression « escale non commerciale » s'entend d'un atterrissage à toutes fins autres que l'embarquement ou le débarquement de passagers, de bagages, de marchandises ou du courrier;

g) Le terme « capacité » désigne :

i) La charge payante dont un aéronef dispose sur une route ou un tronçon de route, lorsqu'il s'applique à un aéronef; et

¹ Entré en vigueur le 27 janvier 1986, soit 60 jours après la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient informées (le 28 novembre 1985) de l'accomplissement de leurs formalités juridiques respectives, conformément à l'article 19.

ii) Lorsqu'il s'applique à un « service aérien spécifique », la capacité des aéronefs affectés à ce service multipliée par la fréquence des vols effectués par ces aéronefs durant une période et sur une route ou un tronçon de route donnés;

h) Le terme « tarif » désigne le tarif appliqué au transport de passagers, de bagages et de marchandises et les conditions dans lesquelles ce tarif est appliqué, y compris les commissions d'agences et tout autre service auxiliaire, mais à l'exception des rémunérations et des conditions de transport du courrier;

i) Le terme « tableau » désigne le tableau des routes annexé au présent Accord ou modifié conformément aux dispositions de l'article 16 du présent Accord. Le tableau fait partie intégrante de l'Accord et, sauf indication contraire, toute mention de l'Accord vise également l'annexe.

Article 2

OCTROI DE DROITS

1) Chaque Partie contractante accorde à l'autre Partie contractante les droits énoncés dans le présent Accord en vue de permettre à son entreprise désignée d'établir et d'exploiter des services aériens internationaux sur les routes indiquées au tableau (ci-après respectivement dénommés « les services convenus » et « les routes indiquées »).

2) Sous réserve des dispositions du présent Accord, l'entreprise désignée de chaque Partie contractante aura le droit, au cours de l'exploitation d'un service convenu sur une route indiquée :

a) De survoler le territoire de l'autre Partie contractante sans y faire escale, en respectant les routes aériennes internationalement fixées ou les routes prescrites par les autorités aéronautiques de l'autre Partie contractante;

b) De faire escale sur ledit territoire à des fins non commerciales en des points à convenir entre les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes; et

c) De faire escale au(x) point(s) spécifié(s) de la route indiquée sur le territoire de l'autre Partie contractante pour embarquer ou débarquer, en trafic international, des passagers, des bagages, des marchandises ou du courrier.

3) Si l'entreprise désignée de l'une ou l'autre des Parties contractantes désire effectuer un vol supplémentaire sur la route indiquée, elle devra présenter une demande aux autorités aéronautiques de l'autre Partie contractante, et le vol ne sera entrepris qu'une fois l'autorisation accordée. Ladite demande devra être présentée au plus tard 72 heures avant le décollage dudit vol.

Article 3

DÉSIGNATIONS ET AUTORISATION

1) Chaque Partie contractante a le droit de désigner par écrit à l'autre Partie contractante une entreprise qui sera chargée d'assurer les services convenus sur la route indiquée au tableau.

2) Une part importante de la propriété et le contrôle effectif de l'entreprise désignée par chaque Partie contractante devront demeurer entre les mains de ladite Partie contractante ou de ses ressortissants.

3) Les autorités aéronautiques d'une Partie contractante pourront exiger d'une entreprise désignée par l'autre Partie la preuve qu'elle est en mesure de remplir les conditions prescrites par les lois et règlements que ces autorités appliquent normalement et raisonnablement à l'exploitation des services aériens internationaux, en conformité des dispositions de la Convention.

4) Au reçu de cette désignation, l'autre Partie contractante devra, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, accorder sans délai les autorisations d'exploitation voulues à l'entreprise désignée.

5) Lorsqu'une entreprise a été désignée et autorisée, elle peut à tout moment mettre en exploitation les services convenus.

Article 4

RÉVOCATION DE L'AUTORISATION D'EXPLOITATION

1) Chaque Partie contractante a le droit de révoquer ou de suspendre l'autorisation d'exploitation déjà accordée à l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante, ou d'imposer à l'exercice des droits visés à l'article 2 du présent Accord les conditions qu'elle juge nécessaires :

a) Dans tous les cas où elle n'aura pas la certitude qu'une part importante de la propriété et le contrôle effectif de l'entreprise sont entre les mains de la Partie contractante qui l'a désignée ou de ressortissants de celle-ci;

b) Si cette entreprise ne se conforme pas aux lois et règlements de la Partie contractante qui accorde les droits; ou

c) Si l'entreprise manque, de toute autre manière, à conformer son exploitation aux conditions prescrites dans le présent Accord.

2) A moins qu'il ne soit nécessaire de procéder immédiatement au retrait de l'autorisation ou à la suspension des droits ou d'imposer les conditions mentionnées au paragraphe 1 du présent article afin d'empêcher que les lois et règlements continuent d'être enfreints, ledit droit ne sera exercé qu'après consultation avec l'autre Partie contractante.

Article 5

FOURNITURE DE SERVICES TECHNIQUES ET TAUX DES REDEVANCES

1) Chacune des Parties contractantes désignera, sur son territoire, les aéroports réguliers et les aéroports de dégagement que pourra utiliser l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante pour l'exploitation de la route indiquée et fournira les services de communication, de navigation, de météorologie et autres services auxiliaires nécessaires à l'exploitation, sur son territoire, des services convenus. Des arrangements détaillés à cette fin seront conclus entre les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

2) L'entreprise désignée par l'une des Parties contractantes devra payer pour l'utilisation des aéroports, du matériel et des services techniques de l'autre Partie contractante des redevances dont les taux prescrits par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante devront être justes et raisonnables. Lesdits taux ne

devront pas excéder ceux acquittés par les entreprises d'autres Etats exploitant des services aériens internationaux pour l'utilisation de matériels et de services analogues.

Article 6

DROITS DE DOUANE ET TAXES

1) Les aéronefs, que l'entreprise désignée par l'une des Parties contractantes affecte à des services aériens internationaux, de même que leur équipement normal, les pièces de rechange, les carburants, les huiles (y compris les huiles hydrauliques), les lubrifiants et les provisions de bord (y compris les denrées alimentaires, les boissons et le tabac) se trouvant à bord, sont exemptés de tous droits de douane, frais d'inspection et autres droits ou taxes à leur arrivée sur le territoire de l'autre Partie contractante, à condition que lesdits équipements et fournitures restent à bord de l'aéronef jusqu'à ce qu'ils soient réexportés.

2) Les carburants, les huiles (y compris les huiles hydrauliques), les lubrifiants, les pièces de rechange, l'équipement normal et les provisions de bord introduits dans le territoire d'une Partie contractante par une entreprise désignée par l'autre Partie contractante ou en son nom ou pris à bord de l'aéronef exploité par ladite entreprise désignée et destinés uniquement à l'exploitation de services internationaux seront exemptés de tous droits et taxes, y compris les droits de douane et les frais d'inspection, perçus dans le territoire de la première Partie contractante, même si ces approvisionnements sont utilisés pendant le survol du territoire de la Partie contractante où ils ont été pris à bord. Il pourra être exigé que les approvisionnements visés ci-dessus soient gardés sous la surveillance ou le contrôle de la douane.

3) L'équipement normal des aéronefs, les pièces de rechange, les provisions de bord et les carburants, les huiles (y compris les huiles hydrauliques) et les lubrifiants conservés à bord des aéronefs de l'une des Parties contractantes ne peuvent être déchargés sur le territoire de l'autre Partie qu'avec l'approbation des autorités douanières de ladite Partie, qui peuvent exiger que ces approvisionnements soient placés sous surveillance jusqu'à ce qu'ils soient réexportés ou écoulés de toute autre manière conformément aux règlements douaniers.

4) Seront aussi exonérés de tous droits de douane et/ou de taxes les articles et biens suivants importés dans le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes par l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante en vue d'équiper un bureau lié à l'exploitation des services convenus :

a) Fournitures de bureau, c'est-à-dire ameublement, machines à écrire, etc.; matériels de communication tels que télécopieurs et walkies-talkies et autres équipements sans fil pour utilisation à l'intérieur de l'aéroport; matériel informatique des sociétés de transport aérien exclusivement destiné aux réservations et à des fins opérationnelles telles que terminaux et téléimprimeurs;

b) Divers documents officiels tels que billets, cartes d'embarquement, étiquettes pour bagages, récépissés, horaires, etc.;

c) Véhicules du type autocar utilisés pour le transfert des passagers et des bagages entre le bureau en ville et l'aéroport.

Article 7

AGENCES ET PERSONNEL

1) Aux fins de l'exploitation des services convenus sur la route indiquée, l'entreprise désignée de chaque Partie contractante aura, sur une base de réciprocité, le droit d'établir une (des) agence(s) servant de bureau(x) de représentation et de vente au point de la route indiquée sur le territoire de l'autre Partie contractante. Le personnel de(s) l'agence(s) visée(s) au présent paragraphe sera régi par la législation et la réglementation en vigueur dans le pays hôte.

2) Les membres du personnel de(s) l'agence(s) de l'entreprise désignée de chaque Partie contractante dans le territoire de l'autre Partie contractante seront des ressortissants de l'une ou l'autre des Parties contractantes, sous réserve d'un accord mutuel contraire. Le nombre des membres du personnel sera fixé sur une base de réciprocité par les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

3) Dans toute la mesure possible, chaque Partie contractante veillera à la sécurité de(s) l'agence(s) visée(s) ci-avant et du personnel de l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante et protégera les aéronefs, provisions de bord et tous autres biens de ladite entreprise se trouvant sur son territoire dans le cadre de l'exploitation des services convenus.

4) Chaque Partie contractante fournira à (aux) l'agence(s) visée(s) ci-avant et aux membres du personnel de l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante l'aide et les installations nécessaires à une exploitation efficace des services convenus.

5) Les membres d'équipage de l'entreprise désignée de l'une ou de l'autre des Parties contractantes sur des vols à destination et au départ du territoire de l'autre Partie contractante devront être des ressortissants de la Partie contractante ayant désigné l'entreprise. Au cas où l'entreprise désignée de l'une ou de l'autre des Parties contractantes souhaiterait employer des membres d'équipage de toute autre nationalité sur des vols en direction ou au départ du territoire de l'autre Partie contractante, elle devra alors obtenir l'accord préalable de l'autre Partie contractante.

Article 8

TRANSFERT DES RECETTES

Chaque Partie contractante s'engage à accorder à l'entreprise désignée de l'autre Partie contractante le libre transfert, au taux de change officiel, des excédents de recettes par rapport aux dépenses réalisés sur son territoire à l'occasion du transport de passagers, de bagages, de marchandises et du courrier par ladite entreprise désignée. Lorsque le régime de paiement entre les Parties contractantes est fixé par accord spécial, ledit accord s'applique.

Article 9

RÈGLEMENTS RELATIFS À L'ENTRÉE ET AU SURVOL

1) Les lois et règlements de chaque Partie contractante régissant sur son territoire l'entrée, le séjour, le départ et le survol d'aéronefs affectés à l'exploitation de

services aériens internationaux, ainsi que les lois et règlements régissant sur son territoire l'entrée, le séjour et le départ de passagers, équipages, bagages, marchandises et envois postaux, s'appliqueront aux aéronefs de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante, à leurs équipages et passagers, aux bagages, marchandises et envois postaux transportés par de tels aéronefs pendant que ceux-ci se trouvent sur le territoire de la première Partie contractante. Chaque Partie contractante fournira, sur demande et sans tarder, à l'autre Partie contractante les informations concernant les lois et règlements susmentionnés.

2) Les passagers en transit direct par le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes ne seront soumis qu'à un contrôle très simplifié. S'ils sont en transit direct, les bagages et les marchandises seront exemptés des droits de douane, des frais d'inspection et d'autres droits et taxes.

Article 10

DISPOSITIONS RELATIVES À LA CAPACITÉ

1) Les entreprises désignées des Parties contractantes auront la faculté d'exploiter, dans des conditions justes et équitables, les services convenus sur les routes indiquées.

2) Les questions relatives à la fréquence des vols, au type d'aéronefs, aux horaires, les services au sol et d'autres questions relatives à l'exploitation des services convenus seront réglées au moyen de consultations entre les entreprises désignées ou entre d'autres sociétés appropriées des deux Parties contractantes. La fréquence et le type des aéronefs ainsi réglés seront subordonnés à l'approbation des autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

3) L'entreprise désignée par chacune des Parties contractantes devra, en exploitant les services convenus, prendre en considération les intérêts de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante afin de ne pas affecter indûment les services que cette dernière assure sur tout ou partie de la même route.

4) Les services convenus qu'assure une entreprise désignée auront pour but essentiel de fournir, à un coefficient de charge raisonnable, une capacité correspondant aux besoins de transport des passagers, du courrier et des marchandises en provenance ou à destination du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise. Le droit de l'entreprise désignée de l'une ou de l'autre des Parties contractantes d'embarquer ou débarquer, en un point du territoire de l'autre Partie contractante, du trafic international à destination ou en provenance de pays tiers, fera l'objet d'un avenant.

5) Au cas où les entreprises désignées ne pourraient se mettre d'accord sur les horaires visés ci-avant, les autorités aéronautiques des Parties contractantes s'efforceront de trancher le problème.

6) Sous réserve des dispositions du présent article, aucun horaire ne pourra entrer en vigueur sans l'approbation des autorités aéronautiques des Parties contractantes.

7) Les horaires établis pour une saison conformément aux dispositions du présent article demeureront en vigueur pour les saisons correspondantes jusqu'à ce que de nouveaux horaires aient été établis conformément aux dispositions du présent article.

Article 11

INFORMATIONS ET STATISTIQUES

Les autorités aéronautiques de l'une ou de l'autre des Parties contractantes fourniront à celles de l'autre Partie contractante, sur leur demande, les données statistiques qui peuvent être raisonnablement exigées pour vérifier la capacité offerte par l'entreprise désignée de la première Partie contractante sur la route indiquée. Lesdites données comprendront toutes les informations nécessaires à la détermination du trafic transporté.

Article 12

FIXATION DES TARIFS

1) Les tarifs applicables à tous services convenus seront fixés à des taux raisonnables, compte dûment tenu de tous les facteurs pertinents y compris les frais d'exploitation, la réalisation d'un bénéfice raisonnable, la nature des services (telle que la vitesse et la qualité des prestations) et d'autres tarifs similaires applicables à tout tronçon de la route indiquée. Lesdits tarifs seront fixés conformément aux dispositions suivantes du présent article.

2) Les tarifs visés au paragraphe 1 du présent article seront fixés d'un commun accord par les entreprises désignées des deux Parties contractantes en tenant compte d'autres tarifs internationaux comparables applicables à la totalité ou à un tronçon de cette route. Les tarifs ainsi convenus devront être approuvés par les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes et devront être soumis aux autorités aéronautiques respectives au moins 90 jours avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Dans certains cas, ce délai pourra être abrégé si lesdites autorités y consentent.

3) Si les entreprises désignées ne parviennent pas à s'entendre sur l'un quelconque de ces tarifs, les autorités aéronautiques des Parties contractantes s'efforceront de le fixer par voie d'accord entre elles.

4) Si les autorités aéronautiques ne parviennent pas à s'entendre sur l'un quelconque de ces tarifs qui leur est soumis en application du paragraphe 2 du présent article ou sur la fixation d'un tarif en vertu du paragraphe 3, la question sera soumise pour règlement aux Parties contractantes conformément aux dispositions de l'article 15 du présent Accord.

5) Dans l'attente de la fixation d'un nouveau tarif conformément aux dispositions du présent article, les tarifs déjà en vigueur le demeureront. Toutefois, la validité d'un tarif ne sera pas prolongée en vertu du présent paragraphe au-delà de 12 mois après la date à laquelle elle aurait normalement expiré.

Article 13

DOCUMENTS

1) Les aéronefs de l'entreprise désignée de l'une ou l'autre des Parties contractantes utilisés sur la route indiquée devront porter les marques de nationalité et d'immatriculation et avoir à leur bord les certificats et documents suivants :

a) Le certificat d'immatriculation;

- b) Le certificat de navigabilité;
- c) Le carnet de route;
- d) La licence radio;
- e) Les licences ou certificats des membres de l'équipage;
- f) La liste des membres de l'équipage;
- g) La liste des passagers indiquant leur lieu d'origine et de destination;
- h) Le manifeste des marchandises et du courrier;
- i) Une déclaration générale.

Chaque Partie contractante reconnaîtra la validité des certificats et licences visés ci-avant délivrés ou validés par l'autre Partie contractante.

2) L'entreprise désignée de l'une ou de l'autre Partie contractante est autorisée à exploiter les services convenus sur la (les) route(s) indiquée(s) au moyen d'aéronefs affrétés auprès d'un pays tiers. Toutefois, si une objection devait être présentée par l'autre Partie contractante concernant la marque de nationalité des aéronefs affrétés, des consultations seront engagées entre les Parties contractantes à cet égard.

Article 14

RECHERCHES ET SAUVETAGE

Au cas où un aéronef de l'entreprise désignée d'une Partie contractante est en détresse ou subit un accident dans le territoire de l'autre Partie contractante, l'autre Partie contractante veillera à :

- a) Informer sans délai la première Partie contractante de l'accident;
- b) Déclencher immédiatement une opération de recherches et de sauvetage;
- c) Porter assistance et secours aux passagers et à l'équipage;
- d) Prendre toutes mesures de sécurité pour l'aéronef et son contenu;
- e) Mener une enquête sur l'accident;
- f) Permettre aux représentants de la première Partie contractante d'accéder à l'aéronef et de participer à l'enquête en qualité d'observateurs;
- g) Libérer l'aéronef et son contenu dès qu'ils ne seront plus nécessaires à l'enquête;
- h) Communiquer par écrit à la première Partie contractante ses conclusions et le rapport final de l'enquête.

Article 15

CONSULTATIONS

1) Dans un esprit d'étroite coopération et d'aide réciproque, les Parties contractantes veillent à assurer une application fidèle et un strict respect des dispositions du présent Accord. A cette fin, les autorités aéronautiques des Parties contractantes se consulteront de temps à autre.

2) Chaque Partie contractante peut réclamer des consultations avec l'autre Partie contractante qui pourront se faire oralement ou par écrit et qui débiteront dans un délai de 60 jours suivant la réception de la demande, à moins que les Parties contractantes ne conviennent de prolonger ce délai.

3) En cas de divergence d'opinions sur l'interprétation ou l'application du présent Accord, les entreprises désignées des Parties contractantes s'efforceront, lorsque cela s'avère opportun, de régler la question directement par voie de consultations dans un esprit d'amicale coopération et de compréhension mutuelle. Si les entreprises ne parviennent pas à un règlement ou si la question en litige ne relève pas de leur compétence, les autorités aéronautiques des Parties contractantes s'efforceront de régler le problème par voie de consultations. S'il s'avère impossible de parvenir à un règlement, les Parties contractantes s'efforceront de régler le problème par voie de consultations.

Article 16

AMENDEMENTS

1) Afin d'assurer une étroite collaboration en ce qui concerne l'application du présent Accord, les autorités aéronautiques des Parties contractantes procéderont à des consultations à la demande de l'une ou l'autre d'entre elles.

2) Si l'une ou l'autre des Parties contractantes estime souhaitable de modifier l'une quelconque des dispositions du présent Accord y compris du tableau, elle peut demander des consultations avec l'autre Partie contractante. Ces consultations, qui peuvent avoir lieu entre les autorités appropriées soit oralement ou par correspondance, commenceront dans les 60 jours de la date de réception de la demande. Toute modification ainsi convenue n'entrera en vigueur que lorsqu'elle aura été confirmée par un échange de notes diplomatiques.

Article 17

DÉNONCIATION

L'une ou l'autre des Parties contractantes pourra à tout moment notifier l'autre Partie contractante par la voie diplomatique de sa décision de dénoncer le présent Accord. Si pareille notification est donnée, le présent Accord prendra fin 12 mois après la date à laquelle l'autre Partie contractante l'aura reçue, à moins qu'elle ne soit retirée avant l'expiration de ce délai. La notification sera réputée avoir été reçue 14 jours après sa date ou à la date à laquelle elle aura été remise à la mission diplomatique de l'autre Partie contractante située dans le territoire de la première Partie contractante.

Article 18

TITRES

Les titres indiqués dans le présent Accord en tête de chaque article n'y figurent qu'aux fins de référence et pour plus de commodité mais ils ne définissent, ne limitent et ne décrivent en aucune manière la portée ou l'objet du présent Accord.

Article 19

ENTRÉE EN VIGUEUR

Le présent Accord entrera en vigueur soixante (60) jours après la date de l'échange des notes diplomatiques confirmant que les Parties contractantes ont complété leurs formalités juridiques respectives.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à Beijing le 12 septembre 1985, en triple exemplaire, en langues chinoise, allemande et anglaise, tous les textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
fédéral autrichien :

LEOPOLD GRATZ

Pour le Gouvernement
de la République populaire
de Chine :

WU XUEQIAN

ANNEXE

TABLEAU

1) *Route*

a) La route sur laquelle les services convenus seront exploités dans les deux sens par l'entreprise désignée par le Gouvernement de la République populaire de Chine est la suivante : Beijing-Vienne.

b) La route sur laquelle les services convenus seront exploités dans les deux sens par l'entreprise désignée par le Gouvernement fédéral autrichien est la suivante : Vienne-Beijing.

2) L'entreprise désignée par chacune des Parties peut desservir des points intermédiaires sans exercer les droits de trafic de cinquième liberté.

L'exercice des droits de trafic de cinquième liberté pourra faire l'objet d'un accord entre les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

3) L'entreprise désignée par chacune des Parties contractantes pourra omettre de faire escale à un ou plusieurs points situés sur la route indiquée à l'occasion de l'un quelconque ou de tous ses vols à condition que leur point de départ se situe sur le territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise.
